

Mein Name ist Christoph Lienkamp und ich arbeite seit kurzem mit bei der Waldkircher Ideenwerkstatt für Demokratie - Gegen Vergessen und im Bündnis für Demokratie und Toleranz. Außerdem engagiere ich mich seit 20 Jahren für eine gerechte Steuer- und weltweite Handelspolitik u.a. im Netzwerk attac und im Bündnis für gerechten Welthandel. Jürgen Volkers vom VdK und ich haben gemeinsam die heutige Demo für Demokratie organisiert. Wir knüpfen damit an die Kundgebung vom Mai 2024 zum Jahrestag des Grundgesetzes hier auf dem Marktplatz und vom Januar 2025 gegen die AFD vor der Stadthalle an.

Warum erscheint es uns notwendig eine solche Kundgebung in der Mitte unseres Gemeinwesens abzuhalten? Wir alle wissen, dass am nächsten Sonntag nicht nur die Landtagswahlen in unserem Ländle stattfinden, sondern dass dies in diesem Jahr auch in 4 weiteren Bundesländern der Fall ist. Angesichts der Umfragen blicken viele Menschen mit großer Sorge auf diese Wahlen und ihre möglichen Folgen.

Ohne alarmistisch zu sein, müssen wir feststellen: Unsere Demokratie ist in Gefahr. Ja, es ist richtig: wir und damit unsere demokratische Lebensform stehen vor großen Herausforderungen, von der neuen geopolitischen Situation bis hin zur Ebene der Landes- oder Kommunalpolitik. Und da ist es zunächst einmal verständlich, dass viele Menschen angesichts dieser Entwicklungen – auch persönliche - Ängste haben und viele sich fragen: was bedeuten diese Entwicklungen für mich? Für unser Zusammenleben, für meinen Arbeitsplatz, für das Leben unserer Kinder und Enkelkinder?

Einige fragen aber auch darüber hinaus: Wird es uns gelingen eine friedliche Welt zu schaffen? Angesichts des seit vier Jahren andauernden Krieges in der Ukraine und des immer wieder aufflammenden Konfliktes um Israel/Palästina und gerade heute wieder zwischen dem Iran und den USA bzw. Israel scheinen viele ihre Hoffnung auf friedliche Lösungen verloren zu haben und sehen ihr Heil nur noch darin immer mehr aufzurüsten. Hier wäre es z.B. Aufgabe der Kirchen klarer die Botschaft der christlichen Friedensethik in die Debatte einzubringen und das Feld nicht nur denen zu überlassen, die uns auffordern kriegstüchtig zu werden. Meiner Ansicht nach sehen einige nicht, wie immer weitere Aufrüstung auch unsere Demokratie im Inneren gefährdet. Denn hoch entwickelte und auf immer kürzere Reaktionszeiten beruhende Waffensysteme führen dazu, dass demokratische Entscheidungen nicht mehr realisiert werden können, weil wir, die davon betroffenen Menschen in diesem Land bzw. die gewählten Vertreter im Parlament nicht mehr selbst über deren Einsatz entscheiden können, sondern von einzelnen Militärs oder gar von einer Künstlichen Intelligenz abhängig sind. Statt

Überlegungen anzustellen wie z.B. taktische Atomwaffen in einem konventionellen Krieg eingesetzt werden könnten und um Verständnis für „die Bombe“ zu werben, wie dies neuerdings zwei Dozenten von der Hamburger Bundeswehrhochschule in der FAZ getan haben, sollten wir nicht aufhören uns um materielle, aber auch kommunikative Abrüstung zu bemühen.

Und: Viele Menschen in unserem Land fragen sich auch: werden wir es schaffen unsere Wirtschaft so zukunftsfähig machen, dass es uns gelingt sowohl ein gutes Leben und Arbeiten für uns als auch eine lebenswerte Welt für unsere Kinder und Enkelkinder, aber auch für alle Menschen weltweit zu verwirklichen. Eine nostalgische, rückwärts gewandte Politik nach dem Motto: „es muss alles bleiben, wie es ist“ oder gar: „wir müssen bestimmte Entwicklungen zurückdrehen“, hilft uns dabei nicht. Im Gegenteil: Das Bundesverfassungsgericht hat die Politik und uns alle ermahnt, bei der Gesetzgebung die Rechte der kommenden Generationen zu berücksichtigen. Kommende Generationen, das ist nicht abstrakt, sondern betrifft unsere Kinder und Enkelkinder und die Welt, in der sie leben werden. Durch dieses Urteil des BVerfG wurde erstmalig konkret die Geltung der Demokratie auf der Zeitachse in die Zukunft hinein erweitert, d.h. wir müssen unsere politischen Entscheidungen so treffen, dass wir dabei nicht nur die Gegenwart, sondern die zukünftigen Lebenswelt kommender Generationen berücksichtigen.

Es macht mir immer noch Hoffnung, dass die jungen Menschen von Fridays for Future, die gestern wieder, auch mit Unterstützung älterer Menschen (z.B. von Eltern und Wissenschaftlern), für das Klima gestreikt und demonstriert haben, trotz einiger Rückschläge auf internationaler wie nationaler Ebene ihren Kampf noch nicht aufgegeben haben. Diese jungen Menschen brauchen unsere Unterstützung, denn es geht um eine Zukunftsfrage unserer Demokratie.

Dass Nicht-Regierungsorganisationen wie die Fridays eher als Gegner denn als konstruktive Herausforderung unserer Demokratie begriffen werden, zeigte sich als kurz vor den Bundestagswahlen eine sogenannten „Kleine Anfrage“ an die damalige Bundesregierung gestellt wurde. Unter der Überschrift „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ reichte die CDU/CSU 551 Fragen ein. Normalerweise ist eine kleine Anfrage in unserer Demokratie ein legitimes Instrument einer kleineren Oppositionspartei sich mit einem Anliegen Gehör zu verschaffen. Wurde hier nicht ein parlamentarisches Verfahren missbraucht, um die Organisationen, die mit demokratischen Mitteln protestieren (und wo auch CDU Mitglieder teilnehmen) zu diskreditieren. Wer denkt da nicht an die Methoden des autoritären Kapitalisten und AFD-Unterstützers Elon Musk?

Diese Anfrage enthielt zahlreiche suggestiv formulierte Fragen, die offenbar darauf abzielten, das Ansehen von Nicht-Regierungsorganisationen zu beschädigen, mit der möglichen Konsequenz ihnen letztlich die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Dass einzelnen dieser Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) bereits schon länger die Gemeinnützigkeit mit dem Argument des Verbots der allgemeinpolitischen Betätigung entzogen wurde, ist kein Ruhmesblatt für unsere Demokratie. Um diese Einschätzung zu stützen, soll eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19.7.1966 in Erinnerung gerufen werden: **Zitat** „Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie haben aber **kein Monopol, die Willensbildung des Volkes** zu beeinflussen. Neben ihnen wirken auch die einzelnen Bürger und vor allem Verbände, Gruppen und Vereinigungen auf den Prozess der Meinungs- und Willensbildung ein.“ Auf dieser Grundlage sollte eine Reform des immer noch geltenden und längst überholten Gemeinnützigkeitsrechts endlich realisiert werden.

Neben der Friedensfrage und der nach der Vereinbarkeit von Wirtschaft und Klima sollte eine letzte eine letzte Herausforderung benannt werden, die immer mehr Menschen umtreibt und zu einer realen Gefahr für unser Gerechtigkeitsempfinden und auch unsere Demokratie wird: Die ungleiche Einkommens- und vor allem Vermögensverteilung weltweit aber auch in unserem Land. Im Februar hat diese Ungleichheit angesichts der Konferenz in Davos wiederholt die NRO Oxfam angemahnt. Aber zum ersten Mal nicht nur sie. Eine Gruppe von Millionären und Milliardäre hat während der Konferenz auf die Gefahren durch den Superreichtum einiger weniger Menschen und ihrer damit verbunden Einflussmöglichkeiten als eine Gefährdung der Demokratien hingewiesen. Im Blick waren dabei vor allem die sog. Tech Milliardäre. Nicht nur NROs skandalisieren diese ungerechte Vermögensverteilung, es gibt inzwischen auch eine wachsende Gruppe von Hyperreichen (Tax me now), die eine gerechte Besteuerung fordern. Unsere Demokratie kann sich diesen Reichtum nicht mehr leisten.

Ich habe einige Gründe genannt, warum Menschen das Vertrauen in unsere demokratische Lebensform zu verlieren drohen oder schon verloren haben. Diese sind vielfältig und existieren nicht erst seit gestern. Aber deshalb ist es gerade jetzt erforderlich, dass wir uns der Fundamente unserer Demokratie vergewissern, diese gegen Angriffe verteidigen, aber auch die neuen Herausforderungen annehmen. Den Souverän in einer Demokratie bilden alle Menschen, die auf dem Staatsgebiet eines Landes leben. Deshalb ist eine Interpretation des Wortes *demos*

aus Demo-kratie in einem völkischen Sinne völlig abzulehnen, weil sie spaltet und nicht zusammenführt.

Natürlich sind bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Demokratie insbesondere unsere politischen Institutionen: Parlamente; Regierung, Gerichte sowie die Medien gefordert, aber wir alle sollten diese Herausforderungen **solidarisch** annehmen und **gemeinsam** nach Lösungen suchen. Das wir über den richtigen Weg streiten ist natürlich. Wir sollten aber niemanden ins Abseits stellen, außer er vertritt massiv rassistische oder antisemitische Auffassungen, die gegen die Grundwerte unserer Verfassung wie Menschenwürde etc. gerichtet sind.

Ich danke ihnen fürs Zuhören, auch wenn sie anderer Meinung sind. Dann lassen sie uns streiten.

Offener Brief an den EU-Rat und die Europäische Kommission gegen die vorläufige Anwendung des EU-Mercosur Abkommens

Wir fordern Sie auf, demokratische Prozesse zu respektieren und sicherzustellen, dass es zu keiner vorläufigen Anwendung des EU-Mercosur Abkommens ohne Zustimmung des EU-Parlaments kommt.

Das EU-Mercosur Abkommen ist äußerst umstritten. Viele Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen - sowohl in der EU als auch in den Mercosur-Ländern - haben wiederholt Bedenken bezüglich Lebensmittelstandards, Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Landwirtschaft sowie Entwaldung geäußert. Es ist für unsere Demokratie entscheidend, ob diese Stimmen Gehör finden.

Zu Recht wird gerade die demokratische Grundlage des Abkommens in Frage gestellt. Das Handelsabkommen konnte nur aufgrund der höchst umstrittenen Entscheidung, die die nationalen Parlamente umgingen, vorangebracht werden. Eine Zustimmung im Europäischen Rat wurde nur mit knapper Mehrheit erreicht. Es ist das erste Mal, dass ein Handelsabkommen ohne einstimmige Unterstützung verabschiedet wurde. Nun hat das Europäische Parlament um eine Stellungnahme vom Europäischen Gerichtshof zur Vereinbarkeit des Abkommens mit EU-Recht gebeten, was ein klares Signal für Rechtsstaatlichkeit ist.

Eine Anwendung des Abkommens ohne Zustimmung der EU-Abgeordneten und ohne Meinung des Europäischen Gerichtshofes, würde demokratische Prozesse entwerten, die gerade dafür gedacht ist, Sorgen von Bürger*innen zu berücksichtigen und zu besänftigen. Durch eine vorläufige Anwendung würden sowohl das Vertrauen der Öffentlichkeit als auch die demokratische Legitimität europäischer Institutionen schwinden. In einer Zeit, in der sich viele in unserer Gesellschaft ausgegrenzt fühlen und das Vertrauen in politische Prozesse verlieren, birgt diese Entscheidung eine enorme Sprengkraft und könnte Spannungen in und unter EU-Staaten weiter schüren.

Wir fordern Sie auf, an den etablierten demokratischen Grundsätzen festzuhalten und sich zu verpflichten, die Stellungnahme des Gerichtshofs und die Zustimmung des Europäischen Parlaments abzuwarten, bevor es zu einer Anwendung des EU-Mercosur Abkommens kommt.